



NRW stellt ab dem kommenden Jahr erstmals 2000 Polizisten ein

Im kommenden Jahr wird NRW die Zahl der Neueinstellungen bei der Polizei noch einmal erhöhen, von aktuell 1920 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern auf dann 2000 Anwärter pro Jahr. Das hat die rot-grüne Landesregierung kurz vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause Anfang Juli beschlossen. Abgesehen von 2017 (minus 20 Beamte) und 2023 (minus fünf Beamte) stehen damit in NRW in den kommenden zehn Jahren jedes Jahr mehr junge Nachwuchspolizistinnen und -polizisten zur Verfügung, als gleichzeitig ältere Beamte in Ruhestand gehen. Bis 2023 werden es insgesamt 304 Polizistinnen und Polizisten mehr sein als heute, bis 2025 sogar 662 Beamte mehr. Nach zwei Jahrzehnten des Personalabbaus in NRW wird erstmals wieder Personal bei der Polizei aufgebaut. Ohne das hartnäckige Drängen der GdP in den vergangenen Jahren hätte es diese Trendwende nicht gegeben.

Zur Erinnerung: 2004 hat die damalige rot-grüne Landesregierung unter Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) die Wochenarbeitszeit für alle Beamten in NRW auf 41 Stunden erhöht, ohne gleichzeitig die Besoldung anzupassen. Außerdem wurde die Altersgrenze für die Zuruhesetzung der Beamten um zwei Jahre nach hinten verschoben, für die Polizisten von 60 auf 62 Jahre.

Weil die Landesregierung durch die doppelte Verlängerung der Arbeitszeit auf einen Schlag plötzlich deutlich mehr Arbeitsstunden zur Verfügung hatte, reduzierte sie 2004 die Zahl der Neueinstellungen bei der Polizei von 1090 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern auf nur noch 480 Anwärter. Auch die CDU/FDP-Koalition unter Mi-

nisterpräsident Jürgen Rüttgers (CDU), die im Juni 2005 an die Regierung kam, blieb zunächst bei den

Tariffbereich der Polizei ebenfalls mehrere hundert Stellen abgebaut. Deren Arbeit wurde entweder auf Privatunternehmen verlagert, wie zum Beispiel bei der Einsatzverpflegung, oder Polizisten mussten die Arbeit der eingesparten Tarifbeschäftigten mitübernehmen und standen dadurch für ihre eigentlichen Aufgaben nicht mehr zur Verfügung. Erst eine massive Protestwelle der GdP sorgte dafür, dass die damalige schwarz-gelbe Landesregierung 2008 die Zahl der Neueinstellungen bei der Polizei wieder auf 1100 Anwärter korrigierte.

Nach dem erneuten Wechsel zu Rot-Grün erhöhte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) im September 2010 die Neueinstellung auf 1400. In den Folgejahren stieg sie über mehrere Zwischenschritte schließlich im vergangenen Jahr auf 1920 Kommissaranwärterinnen und -anwärter.

Ausschlaggebend dafür waren neben den Terroranschlägen von Paris vor allem die Ereignisse während der Kölner Silvesternacht, die von der GdP angestoßene Diskussion über No-go-Areas, die zusätzliche Arbeitsbelas-

tung durch die Flüchtlinge und der sprunghafte Anstieg der Wohnungseinbrüche. Diese Ereignisse



deutlich zu niedrigen Einstellungszahlen. Schlimmer noch: Um noch mehr Geld bei der Polizei zu sparen, wurden in den Folgejahren unter dem Slogan „Privat vor Staat“ im



haben auch in der Landesregierung zu der Erkenntnis geführt, dass die Polizei nicht immer mehr Aufgaben mit immer weniger Personal bewältigen kann. Und zur Erkenntnis, dass die Zahl der Neueinstellungen nicht auf Dauer hinter der zunehmenden Zahl der Pensionierungen zurückbleiben kann, wenn die Polizei die Bürger noch schützen soll.

Für die GdP ist die erneute Anpassung der Einstellungszahlen an den tatsächlichen Bedarf ein wichtiges Signal zur Stärkung der Inneren Sicherheit. „Mit den zusätzlichen Einstellungen baut NRW bei der Polizei erstmals wieder Personal bei der Polizei auf“, betonte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert unmittelbar nach Bekanntwerden der Entscheidung. „Das zeigt, dass ihr die Sicherheit der Bürger wichtig ist.“

Bis die jetzt eingestellten zusätzlichen Polizisten ihren Dienst beginnen, müssen sie allerdings erst drei Jahre ausgebildet werden. Weil die Polizei durch die veränder-

te Sicherheitslage schon jetzt vor erheblichen Herausforderungen steht, hatte die Landesregierung deshalb bereits im Frühjahr im Rahmen des 15-Punkte-Programms zur Stärkung der Inneren Sicherheit für die Polizei 500 zusätzliche Stellen befristet zur Verfügung gestellt. 350 Stellen davon sind für zusätzliche Tarifbeschäftigte vorgesehen, um so die Polizisten für andere Aufgaben freizubekommen. Auch das hatte die GdP in den Gesprächen mit der Landesregierung durchgesetzt. Die übrigen 150 Stellen sollen dadurch zustande kommen, dass Polizisten freiwillig ein oder zwei Jahre länger im Dienst bleiben (DP 4/2016).

Mit diesem Gesamtpaket geht NRW einen deutlich besseren Weg als die meisten anderen Bundesländer. Zum einen hat NRW die Einstellungszahlen schneller und konsequenter an den wachsenden Bedarf angepasst als die meisten anderen Länder. Und zum anderen verzichtet NRW ausdrücklich dar-

auf, die Lücken bei der Polizei durch den Einsatz von Wach- und Hilfspolizisten zu überbrücken, wie das vor allem CDU-geführte Bundesländer tun. Hilfspolizisten können Sicherheit nur vorspielen, statt sie herzustellen.

Damit das von der Landesregierung angekündigte Gesamtpaket wirkt, kommt es allerdings auf die Details bei der Umsetzung an. Vorrangig sind dabei aus Sicht der GdP zwei Maßnahmen: Zum einen muss das Innenministerium dafür sorgen, dass von den zusätzlichen Polizisten, die in den nächsten Jahren ausgebildet werden, auch die Behörden profitieren, die nicht zu den acht Schwerpunktbehörden gehören, die jetzt innerhalb des 15-Punkte-Programms vorrangig verstärkt werden. Und zum anderen müssen die Stellen für die 350 Tarifbeschäftigten, die jetzt eingestellt werden, entfristet werden. Denn sie werden langfristig als Verstärkung für die Polizei gebraucht.

Polizei braucht Planungssicherheit. Die haben wir jetzt endlich!



„Die GdP soll sich dafür einsetzen, dass die Einstellungszahlen in NRW auf 2000 Kommissaranwärterinnen und -anwärter erhöht werden“ – so lautet einer der Beschlüsse, die der Delegiertentag der GdP dem neu gewählten Landesbezirksvorstand vor gut zwei Jahren, im April 2014, mit auf den Weg gegeben hat. In den Beratungen über den Antrag ist viel darüber geredet worden, dass an den 2000 Neueinstellungen kein Weg vorbeiführt, wenn die Polizei nicht weiter ausbluten soll. Trotzdem waren sich alle, die am damaligen Beschluss mitgewirkt haben, einig darüber, dass es ein langer, schwieriger Weg werden wird, dieses Ziel zu erreichen. Andere haben uns deswegen sogar als „Träumer“ hingestellt.

Jetzt ist es soweit! Nur gut zwei Jahre nach unserem Beschluss hat sich die Landesregierung unser Ziel zu Eigen gemacht, ab dem kommenden Jahr 2000 Kommissaranwärterinnen und -anwärter einzustellen. Und zwar jedes Jahr bis 2023. Hätte die GdP nicht immer wieder vor dem drohenden Personalkollaps bei der Polizei gewarnt, wären wir heute nicht so weit.

Dass die rot-grüne Landesregierung diese Einstellungszahl bis mindestens 2023 verfolgen will, verdient Respekt. Denn Rot-Grün sorgt nicht nur dafür, dass die Polizei in NRW nach Jahren des Personalabbaus endlich wieder Personal aufbauen kann, sondern sie gibt der Polizei auch Planungssicherheit für die kommenden zehn Jahre. Das ist ein nicht zu unterschätzendes Gut in einer schwierigen Zeit. Denn keine künftige Regierungskoalition dürfte diesen Beschluss im Nachhinein wieder kassieren, egal wie das Farbenspiel nach der Wahl aussehen wird.

Deshalb ist dieser Beschluss der rot-grünen Landesregierung ein Meilenstein für die Polizei.

**Arnold Plickert,
Landesvorsitzender**



GdP kritisiert erzwungenen Tauschhandel zulasten der Polizei

Weil die Gewalt gegen Polizisten immer mehr zunimmt, hatte Innenminister Ralf Jäger (SPD) Mitte Mai angekündigt, dass in mehreren Polizeibehörden in NRW probeweise Bodycams zum Einsatz kommen sollen. Anders als in anderen Bundesländern, soll die Bodycam auch in Privaträumen genutzt werden können, zum Beispiel bei Einsätzen wegen häuslicher Gewalt. Damit der Einsatz der Bodycam auf einer sicheren Rechtsgrundlage steht, will die Landesregierung extra das Polizeigesetz ändern. In dem Gesetzentwurf, den sie Anfang Juli dazu vorgelegt hat, hat die Landesregierung dieses Vorhaben allerdings mit der Einführung einer individuellen Kennzeichnungspflicht für die Mitglieder der Einsatzhundertschaften verknüpft. Sie war auf Druck der Grünen dort hineingeraten.

Die GdP hat die Verquickung beider Maßnahmen in einem gemeinsamen Gesetzentwurf unmittelbar nach dessen Bekanntwerden scharf als „politischen Tauschhandel zulasten der Polizistinnen und Polizisten“ kritisiert. „Mit der Bodycam werden Polizisten vor Angriffen durch Straftäter ge-



schützt, mit der Kennzeichnungspflicht werden sie als potenzielle Gewalttäter diffamiert“, stellte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert in einer viel zitierten Pressemitteilung fest. Plickert erinnerte zudem daran, dass es in NRW keinen einzigen Fall gibt, bei dem einem Mitglied der Ein-

satzhundertschaften ein Fehlverhalten vorgeworfen worden ist, ohne dass dessen Identität ermittelt werden konnte. Das haben inzwischen auch die Grünen bestätigt. Trotzdem bestehen sie weiter auf der Einführung der Kennzeichnungspflicht, um so ihre eigene Wählerklientel zu bedienen.



Rainer Peltz erneut zum Vorsitzenden des Polizei-Hauptpersonalrats gewählt

Mehr als zwei Drittel der Beschäftigten bei der Polizei haben bei der Personalratswahl 2016 die Kandidatinnen und Kandidaten der GdP gewählt. Bei den Wahlen für den Hauptpersonalrat der Polizei (PHPR) hatte die GdP bei den Beamten 67,2 Prozent aller Stimmen geholt, bei den Arbeitnehmern waren es sogar 77,7 Prozent. Die GdP erzielte dadurch elf der 15 Mandate im PHPR. Auf seiner konstituierenden Sitzung am 23. Juni hat deshalb der neu gewählte PHPR den stellvertretenden GdP-Landesvorsitzenden Rainer Peltz erneut zum Vorsitzenden gewählt. Rainer Peltz ist damit auch in den kommenden vier Jahren einer der wichtigsten Gesprächspartner für Innenminister Ralf Jäger (SPD), wenn es um die Gestaltung der Arbeitsbedingungen bei der Polizei und um die Stärkung der Inneren Sicherheit in NRW geht. Als

Vertreterin der Tarifbeschäftigten wurde zudem Jutta Jakobs (LKA) zu einer der drei stellvertretenden PHPR-Vorsitzenden gewählt (Foto). Als weitere stellvertretende Vorsitzende wurden Volker Huß (Polizeipräsidium Bielefeld) und Markus Robert (Polizeipräsidium Recklinghausen) gewählt. Dem neuen PHPR gehören zudem Rainer Axer (Aachen), Lorenz Rohahn (Gelsenkirchen), Michael Mertens (Rhein-Erft-Kreis) und Wolfgang Spies (Wuppertal) als freigestellte Mitglieder an. Alle acht freigestellten PHPR-Mitglieder waren von der GdP vorgeschlagen worden.

Eine Faktorisierung der Nachtdienste wäre besser

Teilnehmer des GdP-Forums kritisieren das Festhalten an der 41-Stunden-Woche in der neuen AZVOPol



„Schichtdienst bei der Polizei – jetzt müssen die Konzepte folgen!“ Unter diesem Motto stand das diesjährige Schichtdienstforum der GdP am 27. Juni in Düsseldorf. Weit mehr als 100 Kolleginnen und Kollegen aus dem Wechselschichtdienst und Arbeitszeitexperten der Polizei waren der Einladung der GdP gefolgt, um ihre Erfahrungen aus der bereits seit zwei Jahre laufenden Experimentierphase zur Erprobung neuer Schichtdienstmodelle bei der Polizei auszutauschen. Im Zentrum der Diskussion stand zudem der erst wenige Tage zuvor veröffentlichte Entwurf des Innenministeriums für die neue Arbeitszeitverordnung der Polizei (AZVOPol). Er stieß im Forum in weiten Teilen nicht nur auf Zustimmung.

Übereinstimmend haben nicht nur die GdP-Vertreter, sondern auch die anwesenden Schichtdienstexperten der Polizei und die Kolleginnen und Kollegen aus den Behörden kritisiert, dass auch die neue AZVOPol an der überlangen Wochenarbeitszeit im Schichtdienst der Polizei festhält. „41 Stunden im durchgehenden Schichtdienst arbeiten und trotzdem gesund bleiben – das geht einfach nicht!“ lautete das übereinstimmende Fazit der Teilnehmer. Auch Friedhelm Hinzen, der als ehemaliger Leiter der vom Innenministerium eingesetzten Arbeitsgruppe Schichtdienstmanagement maßgeblich an der Erarbeitung des Entwurfs für die neue AZVOPol beteiligt war, stimmte dieser Erkenntnis zu. Dass im Entwurf trotzdem an der 41-Stunden-Woche festgehalten wird, sei eine politische Entscheidung. Offenbar fürchtet die Landesregierung, dass bei einer Abkehr von der 41-Stunden-Woche für Schichtdienstleistende die 2004 aus Kostengründen eingeführte längere Wochenarbeitszeit auch für die übrigen Beamten auf den Prüfstand kommen könnte.

Was die Landesregierung stattdessen als Ersatz anbietet, ist aus Sicht der

GdP eher Flickschusterei. So soll zum Beispiel die Höchstgrenze für die Anerkennung von Ausgleichstagen für den Wechselschichtdienst von vier auf sechs Tage angehoben werden. Eigentlich eine gute Maßnahme. „Aber damit wird lediglich die bestehende Ungleichbehandlung der Polizisten gegenüber den übrigen Beamten beendet. Für die letzte Gruppe gibt es schon lange bis zu sechs Ausgleichstage“, stellte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert auf dem Forum fest. Zudem werden die Voraussetzungen so angepasst, dass aller Voraussicht nach weniger Beschäftigte als bisher von den maximalen Ausgleichstagen profitieren. Auch die anderen, vom Innenministerium geplanten Maßnahmen zur Reduzierung der effektiv im Schichtdienst verbrachten Arbeitszeit sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wenn zum Beispiel in Zukunft die Zeit, die die Polizisten für den Dienstsport oder für die Wahrnehmung von Gerichtsterminen aufbringen müssen, zu einer Reduzierung der wöchentlichen Schichtdienstdauer beiträgt, ist das zwar grundsätzlich zu begrüßen, aber 41

Stunden Arbeitszeit bleiben am Ende 41 Stunden.

Einigkeit herrschte bei den Teilnehmern darüber, dass die Faktorisierung des gesundheitlich belastenden Nachtdienstes (z. B. mit dem Wert 1,2) ein angemessener Ausgleich wäre. Zudem kämen alle, die diesen Dienst leisten (WuW, K-Wachen, Lst, BPH, DHF, DSt, ZPG, MK, SE u. a.) in den Genuss – das ist Gerechtigkeit statt Ungleichbehandlung!

Positiv ist aus Sicht der GdP hingegen, dass es auch in Zukunft Gestaltungsspielräume für die Schichtdienstmodelle vor Ort geben soll, statt ein einheitliches Modell auf ganz NRW zu übertragen. „Dadurch ist sichergestellt, dass diejenigen, die den Schichtdienst leisten, auch in Zukunft ein gewichtiges Wort mitreden können, wenn es um die Festlegung des jeweiligen Schichtdienstmodells geht“, sagte GdP-Vorstandsmitglied Heiko Müller auf dem Forum. „Wenn der Schichtdienst stärker an die individuellen Bedürfnisse der Kolleginnen und Kollegen angepasst werden kann, würde er auch wieder an Attraktivität innerhalb der Polizei gewinnen. Davon profitieren alle“, sagte Müller.

Mehr Infos:
www.gdp-nrw.de



Verfassungsschutzbericht 2015: Anschläge drohen auch aus der Mitte der Gesellschaft

Spätestens seit den Terroranschlägen von Paris gibt es eine breite Diskussion über die Frage, ob es auch in NRW zu einem ähnlich verheerenden Terroranschlag kommen kann? Gefahren drohen der Demokratie allerdings längst auch von einer ganz anderen Seite: Von der zunehmenden Gewalt bei politischen Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremisten. Und von der wachsenden Zahl von Anschlägen auf die Flüchtlingseinrichtungen in NRW. Deren Täter kommen nicht nur aus dem rechtsextremistischen Milieu, sondern oft aus der Mitte der Gesellschaft, wie der Anfang Juli veröffentlichte Verfassungsschutzbericht für 2015 zeigt.

2014 gab es in NRW drei gewalttätige Anschläge auf Flüchtlingseinrichtungen. 2015 waren es 31 Anschläge. In diesem Jahr sind es bis Anfang Juni bereits 22. Das sind erschreckende Zahlen. Immer häufiger treffen Polizei und Verfassungsschutz dabei auf Täter, die vorher nicht im rechtsextremistischen Milieu aufgefallen sind. Drei von vier ermittelten Tätern kommen zudem aus der unmittelbaren Nachbarschaft oder der Region, in der die Flüchtlingsunterkunft liegt.

Innenminister Ralf Jäger (SPD) spricht deshalb bereits von einer „Turbo-Radikalisierung“ der Täter. „Es gibt einen neuen Tätertyp, der sich schnell radikalisiert und die Schwelle von der Ideologie zum Anschlag ohne Zwischenschritte überspringt“, sagte Jäger bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes.

Auch wenn die Anschläge bislang überwiegend glimpflich verlaufen sind, wächst deshalb die Gefahr, dass es auch in NRW unter den Bewohnern der Flüchtlingseinrichtungen zu Opfern kommen kann. Dass diese Gefahr nicht nur abstrakt besteht, hat sich zuletzt beim Brand einer Lagerhalle auf dem Gelände der Düsseldorfer Messe gezeigt, die als Flüchtlingsunterkunft genutzt worden war. Der Brand war zwar von den Flüchtlingen selber gelegt worden, trotzdem zeigt der Vorfall aber, dass die Polizei beim Schutz der Flüchtlinge längst an ihre Grenzen gekom-

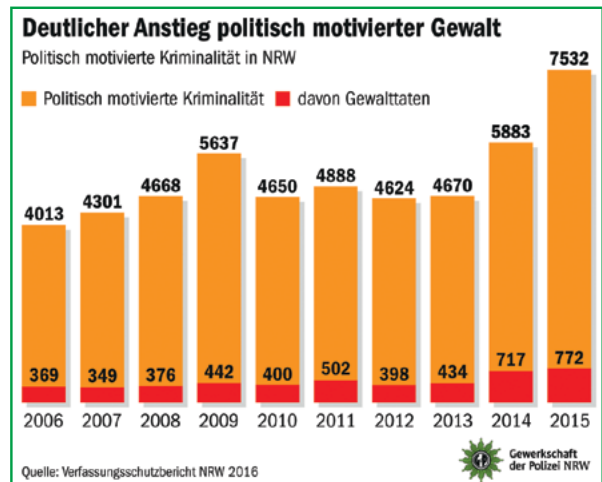
men ist. Sie kann zwar verstärkt im Bereich der Unterkünfte Streife fahren, ist aber weder für eine angemessene Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge verantwortlich, noch für deren Integration.

Auch bei der Bekämpfung des politischen Extremismus stößt die Polizei immer mehr an ihre Grenzen. 2015 ist die Zahl der von Rechtsextremisten in NRW verübten politisch motivierten Straftaten von 3276 auf 4420 Fälle gestiegen. In 289 Fällen kam es dabei zur Anwendung von Gewalt. Bei den Linken stieg die Zahl politisch motivierter Straftaten noch stärker, von 1178 Fällen in 2014 auf 2063 Fälle im vergangenen Jahr. In 401 Fällen kam es zu Anwendung von Gewalt.

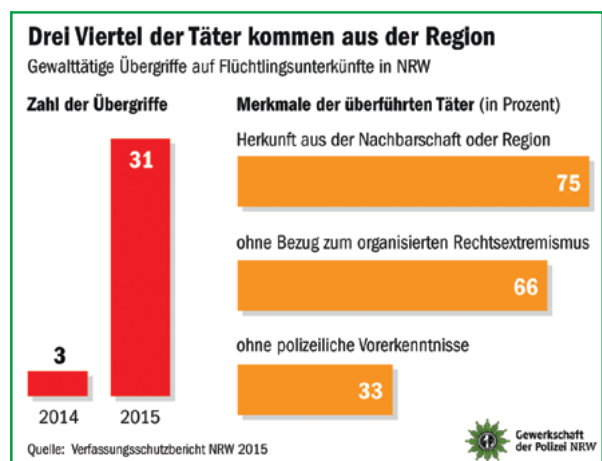
Trotzdem ist ein direkter Vergleich der bloßen Zahlen problematisch: Während die Rechtsextremisten vor allem durch Propagandadelikte und Volksverhetzung auffallen, geht es bei den Linksextremisten vor allem um Verstöße gegen das Versammlungsgesetz. Mit 989 Fällen betrifft das sogar fast die Hälfte aller Delikte im Bereich politisch motivierter Gewalt von Links. Vor allem bei den Demonstrationen der Rechtsextremisten kommt es immer wieder zu Rangeleien mit der Polizei, wenn die Linken versuchen, gewaltsam zu den Rechtsextremisten durchzudringen, um sich ihnen in den Weg zu stellen.

Sorge bereitet der Polizei zudem die

wachsende Zahl von gewaltbereiten Salafisten. Aktuell werden vom Verfassungsschutz in NRW 640 als gewaltbereit eingestufte Salafisten beobachtet. 240 weitere sind am syrischen Bürgerkrieg beteiligt. Alleine diese beiden Zahlen zeigen, dass eine lückenlose Überwachung aller Terrorverdächtigen nicht möglich ist.



In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl der politisch motivierten Straftaten mit 7532 Fällen nahezu verdoppelt. Oft geht es dabei um Propagandadelikte (2463 Fälle), Volksverhetzung (857 Fälle) oder um Sachbeschädigung (843 Fälle). In 772 Fällen kam es im vergangenen Jahr auch zu Gewaltdelikten. Das sind fast doppelt so viele wie drei Jahre zuvor.



Im vergangenen Jahr ist die Zahl der gewalttätigen Übergriffe auf Flüchtlingseinrichtungen massiv von 3 auf 31 Fälle gestiegen. Drei Viertel aller ermittelten Täter kamen aus der unmittelbaren Nachbarschaft oder der Region. Zwei Drittel von ihnen hatten vor der Tat keinen Bezug zum organisierten Rechtsextremismus.



Wildwest-Atmosphäre beim Familientag



Mit gigantischen Vulkanausbrüchen und einem kompletten Bergwerk, das in die Luft gesprengt wird, begeisterte die Bühnenshow der Karl-May-Festspiele in Elspe beim diesjährigen GdP-Familientag. Knapp 700 Kolleginnen und Kollegen aus ganz

Nordrhein-Westfalen genossen bei herrlichem Wetter mit ihren Familien und Freunden die Wildwest-Atmosphäre. Eingestimmt auf das Festspiel wurden unsere Mitglieder bereits im Vorfeld durch eine span-

nende Stuntshow, eine abenteuerliche Pferdeshow und ein eindrucksvolles Musikspektakel. Für Abwechslung und gute Stimmung war den ganzen Tag gesorgt. Für eine Verschnaufpause zwischen den Attraktionen stand unseren Kolleginnen und Kollegen exklusiv das Restaurant „Mamas Kitchen“ zur Verfügung, wo man sich bei einem Mittagessen stärken konnte. Beim GdP-Infozelt hatten unsere Mit-

glieder den ganzen Tag die Möglichkeit, ihre Fragen loszuwerden und einige beliebte Polizeiartikel zu erwerben.

Der Familientag ist bei der GdP seit vielen Jahren gute Tradition und aus der Jahresplanung nicht mehr wegzudenken. Jedes Jahr überlegt der Landesbezirk, was er den Kollegen anbieten kann, um ihnen einen schönen Tag zu bieten. Doch der Familientag wird nicht nur als Ausflugsziel genutzt. Viele unserer Mitglieder nutzen die Möglichkeit, sich einmal außerhalb eines immer hektischer werdenden Polizeialltags mit anderen Kollegen zu treffen und einen gemeinsamen Tag miteinander zu verbringen.

Für die GdP steht fest, dass diese gute Tradition auch in den kommenden Jahren weiter fortgesetzt wird und wir gemeinsam mit unseren Mitgliedern einen tollen Tag erleben dürfen.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss der September-Ausgabe ist der 2. August.

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 3.8. Helga Beckers, Mönchengladbach
- 18.8. Hans Kellers, Krefeld
- 25.8. Philipp Langohr, Herzogenrath
- 30.8. Kurt Schreiber, Bochum

91. Geburtstag

- 1.8. Friedrich Quarz, Eitorf
- 13.8. Käthe Debuch, Wegberg
- Alois Krause, Inden
- 21.8. Elisabeth Orywal, Köln
- 30.8. Käthe Houben, Geilenkirchen
- Astrid Kuhl, Gütersloh

92. Geburtstag

- 2.8. Ingeborg Büttgenbach, Düsseldorf
- 4.8. Egon Steudner, Moers
- 10.8. Lieselotte Keim, Gladbeck
- 15.8. Maria Zlender, Oberhausen
- 18.8. Fritz Budde, Lage
- 24.8. Marcelle Zech, Leverkusen

93. Geburtstag

- 2.8. Margarete Sperl, Ahlen
- 11.8. Editha Coers, Wuppertal
- 19.8. Helmut Beyer, Halle
- 20.8. Robert Ester, Essen
- 23.8. Hertha Leymanns, Köln

94. Geburtstag

- 6.8. Hans Quack, Wegberg
- 25.8. Magdalena Droll, Paderborn

95. Geburtstag

- 8.8. Änni Kuhn, Sinzig
- Elisabeth Stegemann, Münster
- 10.8. Bernhardine Wittenbrink, Gütersloh
- 19.8. Kurt Quellmelz, Marienheide
- 31.8. Anna-Maria Michl, Brühl

96. Geburtstag

- 1.8. Irmgard Rümke, Dortmund

97. Geburtstag

- 3.8. Liselotte Hoffmann, Essen

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.





Jahresabschlussfahrt 2016

12. bis 16. Dezember

5-tägige Donaukreuzfahrt

MS SELECT EXPLORER****

Eingeschlossene Leistungen:

- Flusskreuzfahrt ab Passau nach Wien, Krems, Linz und zurück nach Passau
- 4 Übernachtungen in der gebuchten Kabinenkategorie in Außenkabinen mit Dusche/WC
- Gepäcktransfer vom Schiffsanleger zur Kabine und zurück
- Vollpension an Bord (Frühstücksbuffet, 4-Gang Mittag- und Abendessen, Nachmittagskaffee/-tee mit Gebäck, kl. Mitternachtssnack)
- Begrüßungssekt
- Gala Abendessen mit 6-Gang Menü
- ganztägig Kaffee, Tee, Cappuccino und heiße Schokolade an der Kaffeestation
- Bordunterhaltung, Reisebegleitung

Nicht eingeschlossene Leistungen:

An- und Abreise, Getränke, Trinkgelder, fakultative Ausflüge, Persönliche Ausgaben, Reiseversicherung

**Reisepreis pro Person in einer 2-Bett-Außenkabine
ab € 369,-**

Bitte fordern Sie unsere ausführliche Ausschreibung an.

GdP-Service GmbH
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf
0211/29101 -44/-45/-63/-64
www.gdp-reiseservice.de



Senioren aktuell

Kreisgruppe Coesfeld

31. August, 14:30 Uhr, Senioren-Grillen, DRK-Heim, August-Schlüter-Straße 32, 48249 Dülmen, Anmeldungen erforderlich bei Johannes Zimmermann, Telefon 0 25 41/7 29 63

Kreisgruppe Euskirchen

7. September, 14:00 Uhr, Seniorentreffen in der Gaststätte „Zum Kurpark“ in Schleiden

Kreisgruppe Heinsberg

30. August, Tagesausflug nach Essen, Schifffahrt auf dem Baldeneysee, Besuch der Villa Hügel, mit Mittagsessen, Kaffee und Kuchen, GdP-Mitglieder zahlen 35,00 €, Gäste 40,00 €, Abfahrt: PW Geilenkirchen 8:00 Uhr, Heinsberg 8:20 Uhr, Hückelhoven 8:40 Uhr, Erkelenz 9:00 Uhr, verbindliche Anmeldungen bis 22. August bei Klaus Labahn, Am Flachsfield 12, 41812 Erkelenz, Telefon 0 24 31/58 80, E-Mail klabahn@unitybox.de, Heinz Willi Jansen, Johannes-Pellen-Str. 24, 41844 Wegberg, Telefon 0 24 31/34 33, E-Mail hw_jansen@gmx.de oder Andreas Grunert, Telefon 0 24 52/9 20-12 00

der zahlen 35,00 €, Gäste 40,00 €, Abfahrt: PW Geilenkirchen 8:00 Uhr, Heinsberg 8:20 Uhr, Hückelhoven 8:40 Uhr, Erkelenz 9:00 Uhr, verbindliche Anmeldungen bis 22. August bei Klaus Labahn, Am Flachsfield 12, 41812 Erkelenz, Telefon 0 24 31/58 80, E-Mail klabahn@unitybox.de, Heinz Willi Jansen, Johannes-Pellen-Str. 24, 41844 Wegberg, Telefon 0 24 31/34 33, E-Mail hw_jansen@gmx.de oder Andreas Grunert, Telefon 0 24 52/9 20-12 00

Kreisgruppe Unna

Das Seniorentreffen im August fällt aus.

Glücksnummern des Monats

45 17004

Melanie Thimm, Münster

45 07795

Markus Kehl, LAFP

4515001

Armin Duisberg, Bergisches Land

4519635

Judith Sander, Gelsenkirchen

Die Gewinner erhalten einen GdP-Slingpack „City“.

Der Herzenswunsch geht nach Dortmund

Die Aktion „GdP erfüllt Herzenswünsche“ ist erfolgreich zu Ende gegangen. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen haben sich für die GdP eingesetzt und fleißig neue Mitglieder geworben. Dieses Engagement soll natürlich auch belohnt werden, denn jedes Mitglied, das von April bis Juli 2016 jemanden für die GdP geworben hat, nahm automatisch an der Herzenswunsch-Verlosung teil und hatte die Chance, sich seinen ganz persönlichen Herzenswunsch (im Wert von max. 500 Euro) erfüllen zu lassen. Ob Fallschirmsprung oder ein romantisches Wochenende in Paris, die GdP setzt alle Hebel in Bewegung, um den Wunsch zu erfüllen.

Der glückliche Gewinner unserer Herzenswunsch-Aktion ist Volker Feldhaus von der Kreisgruppe Dortmund. Herzlichen Glückwunsch von dieser Stelle aus!

Auch in Zukunft wird die GdP bei ihren engagierten Mitgliedern wieder Träume wahr werden lassen, wenn es das nächste Mal wieder heißt „GdP erfüllt Herzenswünsche“.



NACHRUFE

Manfred Berner	04.05.1966	Aachen	Birgit Broß-Zuber	18.01.1961	Essen/Mülheim
Hans-Werner Lorenz	15.12.1949	Aachen	Siegfried Obst	29.08.1935	Gelsenkirchen
Irmgard Schürkens	18.12.1927	Aachen	Hedwig Kowoll	28.03.1925	Höxter
Anna Tersteegen	08.12.1945	Autobahnpolizei Düsseldorf	Alfred Blume	17.10.1926	Kleve
Uwe Lange	01.07.1933	Bergisches Land	Knut Stephan	25.09.1950	Köln
Klaus Balz	22.02.1945	Bochum	Karl-Heinz Mertens	06.06.1934	Krefeld
Gunter Schmidt	10.06.1935	Bochum	Stefan Korb	24.05.1968	LZPD NRW
Thomas Volks	17.02.1970	Borken	Ulrich Schneider	20.11.1941	LZPD NRW
Heinz Sparenberg	17.09.1935	Botrop/Gladbeck	Hubert Sauer	10.06.1926	Märkischer Kreis
Gertrud Wilps	26.01.1920	Düsseldorf	Suitbert Felten	25.03.1938	Mönchengladbach
Elsbeth Glaubitz	10.12.1919	Duisburg	Klaus Espey	29.05.1939	Münster
Elmar Schäfer	22.01.1931	Ennepe-Ruhr	Günter Fischer	02.08.1942	Recklinghausen
			Margarete Theiner	23.06.1923	Solingen

